

entwickelt haben und die heute in Bonn wieder führende Positionen einnehmen, ein Massenvernichtungsmittel in die Hände geben, das weit wirksamer wäre als einst die Gase von IG-Farben. Das wäre eine ungeheure Verschärfung der Atomkriegsgefahr. Die Bildung einer atomwaffenfreien Zone dagegen würde nicht nur alle Atomwaffen aus Deutschland sowie aus Polen und der Tschechoslowakei entfernen, sondern wäre auch mit einer Verpflichtung der Atommächte verbunden, im Falle eines Krieges gegen das Gebiet dieser Zone keine Atomwaffen einzusetzen. Die Sowjetunion hat sich zu einer solchen Garantie bereit erklärt.

Das heißt, aus einer Zone besonderer Gefahr würde eine Zone relativer Sicherheit werden, ganz abgesehen davon, daß eine atomwaffenfreie Zone ein Schritt zur völligen Abschaffung der Kernwaffen wäre. Es ist vom Standpunkt der Nation geradezu verbrecherisch, solche Sicherheitsgarantien für das deutsche Volk abzulehnen, wie die Bonner Regierung das tut. Der Kampf gegen die Atomrüstung der deutschen Militaristen und für eine atomwaffenfreie Zone steht deshalb im Mittelpunkt des Friedenskampfes in Westdeutschland.

Der Leiter der Opposition im englischen Parlament, Hugh Gaitskell, veröffentlichte einen Aufsatz, in dem er erklärt, daß die Politik der Abschreckung nicht wirksam sei und angesichts der Tatsache, daß eine zunehmende Zahl von Ländern Atombomben besitzen, die Verlockung bestehe, die Atombombe anzuwenden. In diesem Zusammenhang spricht er von dem Sonderfall Westdeutschland. Er sagt, es sei notwendig, solche Zonen zu beseitigen, „die für kleine bewaffnete Konflikte den Ausgangspunkt bilden können, die sich dann zu größeren Kriegen entwickeln“. Angesichts einer solchen Lage empfiehlt Hugh Gaitskell, die Vorschläge auf Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zur Grundlage internationaler Verhandlungen zu nehmen. Obwohl Hugh Gaitskell in diesem Zusammenhang andere Gesichtspunkte entwickelt als wir, ist sein Vorschlag, auf einer Gipfelkonferenz den Plan für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone als Grundlage für solche Verhandlungen zu betrachten, doch behandelenswert. Seine Auffassung stimmt überein mit der Konzeption vieler Kernforscher und breiter bürgerlicher Kreise in Westdeutschland. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß wir die Erörterung der Frage über die Schaffung einer atomwaffen-